



DAS EXPERTENINTERVIEW

„EINE SOLIDE UND KREATIVE EUROPÄISCHE IDENTITÄT BILDET SICH NICHT DURCH ABGRENZUNG“

Viadrina-Präsidentin Prof. Dr. Gesine Schwan zu den Fragen, wie Polen sein eigenes Machtverständnis auf Deutschland projiziert, warum man europäische Öffentlichkeit nicht an den Arte-Zuschauerzahlen messen kann und wieso europäische Identitätsbildung nicht nur Ein-Bildungssache ist.

Interview: Ellen Kollender und Jana Katharina Walter

360°: Frau Schwan, was fällt Ihnen spontan ein, wenn Sie an Europa denken?

Schwan: Eine farbige Landkarte. Ich denke an vielfältige kulturelle Zeugnisse, Sprachenvielfalt, eine komplizierte Geschichte und an eine nicht gesicherte, aber wunderbare Zukunft.

360°: Viele Bürger stehen der EU skeptisch gegenüber. Was wurde auf der langen Strecke der europäischen Integration versäumt?

Schwan: Wenn ich richtig informiert bin, ist die Zustimmung in der letzten Zeit gestiegen, auch in den alten Mitgliedsländern wie Deutschland. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen: Die allgemeine Verbesserung der Stimmung, die sinkende Arbeitslosigkeit. Sie sehen, Sympathie und Antipathie hängen nicht nur mit dem Gegenstand zusammen, auf den sie sich beziehen, sondern haben auch andere Quellen. Außerdem ist das europäische Projekt angesichts seiner Vielfalt sehr kompliziert. Wenn Sie in Deutschland mit der Bevölkerung über den Länderfinanzausgleich sprechen, ist das vielen zu abstrakt und sie stehen ihm deshalb skeptisch gegenüber. Erst recht gilt das für die Europäische Union in ihrer Komplexität. Die Bürokratie ist zum Teil sehr unübersichtlich. Das lässt sich nicht völlig vermeiden, aber man könnte sie transparenter gestalten. Die EU gilt, vor allem in den älteren Mitgliedstaaten, als Motor einer Liberalisierung der Ökonomie. Auch das hat die Menschen verunsichert.

360°: Hemmt die bürokratische Unübersichtlichkeit die Zustimmung der Bürger zur EU?

Schwan: Die Europäische Union braucht Bürokratie, das ist nun mal so in einer modernen Welt. Doch in der Berichterstattung wird eher die negative Seite hervorgehoben. Den Menschen ist nicht klar, was alles schief gehen würde und wie gefährlich es wäre, wenn wir die EU nicht hätten. Alle Konflikte, die wir zum Beispiel auf dem Brüsseler Gipfel gehabt haben, könnten sich zu erheblichen, auch militärischen Krisen ausweiten, wenn wir noch in dem alten, nationalstaatlichen System lebten. Wenn wieder all die Vorurteile und Ressentiments zu einer Blockbildung führten, könnte das ernsthafte internationale Probleme nach sich ziehen. Dazu gibt es gegenwärtig eine gewisse Tendenz.

360°: Gibt es ein Kommunikationsproblem zwischen Politik und Bürgern?

Schwan: Es existiert vor allem ein Sachproblem. Kommunikationsprobleme gibt es auch, allerdings sollte nicht immer eine alleinige Bringschuld der Politiker propagiert werden. Die Bürger haben auch eine Holschuld. Es gibt ein neues Politikverständnis, nach dem Politik immer mehr in Analogie zum Markt gesehen wird, wahrscheinlich wegen der Ökonomisierung unserer Vorstellungswelt und Begrifflichkeit im Zuge der Globalisierung. Die Bürger sind Käufer, Konsumenten und schauen: Was ist da im Angebot? Was kaufen wir? Gibt es irgendetwas, für das wir uns interessieren müssten? Und das Fazit lautet: Eigentlich nicht. So kann demokratische Politik nicht funktionieren.

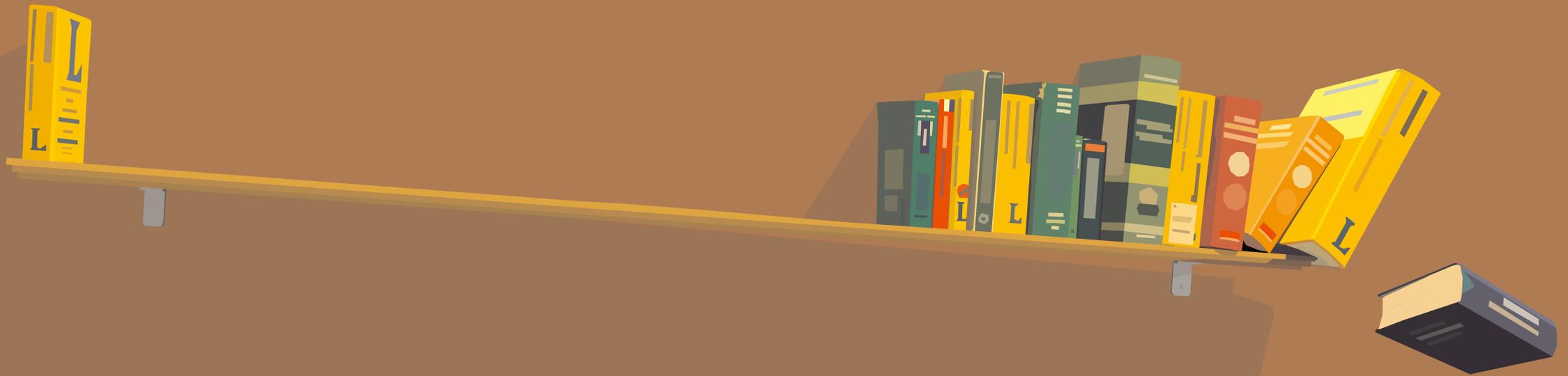
360°: Wie dann?

Schwan: Indem sich Bürger politisch engagieren und dabei Erfolgserlebnisse haben. Junge Leute engagieren sich heute mindestens so stark wie früher, nur nicht in Parteien. Sie haben den Eindruck, dass Parteien nichts zu Wege bringen. Menschen engagieren sich in Bürgerinitiativen. Dort merken sie dann, dass man auf längere Sicht ohne die formelle Politik nicht auskommt. Ich denke, der Zugang zur Parteipolitik über die Bürgerinitiativen ist durchaus aussichtsreich.

360°: Der Politikwissenschaftler  Andrew Moravcsik argumentiert, dass mehr Beteiligungsmöglichkeiten für EU-Bürger nicht zu mehr Identifizierung mit Europa führen oder mehr Vertrauen in die EU-Politik generieren. Die politischen Eliten sollten deshalb ihren Weg gehen, ohne immer wieder über die mangelnde Demokratisierung der EU zu debattieren. Wie stehen Sie zu Moravcsiks These?

Schwan: Moravcsik ist ein besonders positiver Beurteiler der Europäischen Union, gerade im Kontrast zu den Vereinigten Staaten. Defizite der EU bleiben bei seiner Perspektive schnell außen vor. Moravcsik folgt bei seiner Argumentation dem Demokratieverständnis Joseph Schumpeters. Dessen Ansatz lautet: Eine eher elitäre Demokratie ist gut, weil man viele Dinge besser umsetzen kann, wenn ein größerer Teil der Bürger passiv und nicht politisch engagiert ist. Ich bin kein Anhänger dieser Theorie. Sie ist in der Zeit des Faschismus und des Nationalsozialismus entstanden, in der man das Gefühl

„Es sollte nicht immer eine alleinige Bringschuld der Politiker propagiert werden. Die Bürger haben auch eine Holschuld.“



„Die Vielfalt der Sprachen in Europa ist ein Schatz.
Würde man alles auf das Englische reduzieren, ginge
ein Reichtum verloren.“

hatte, die Demagogisierung der Massen könnte die Demokratie gefährden, gerade weil diese Massen, insbesondere in Deutschland, nicht sehr demokratisch waren. Das sieht heute anders aus. Die deutsche Bevölkerung ist aus meiner Sicht zwar nicht so musterdemokratisch, wie viele behaupten, aber doch sehr viel demokratischer als die mehrheitliche Bevölkerung in der Weimarer Republik. Meine Meinung steht deshalb der von Moravcsik entgegen.

360°: Sie sehen also einen starken Zusammenhang zwischen Partizipation und Identifikation?

Schwan: Identifikation im privaten, kulturellen und psychologischen Bereich geht stark mit Partizipation einher. Politikerinnen und Politiker, die gemein-

wohlorientiert handeln wollen, und von denen gibt es schließlich viele, haben mehr Chancen für ihre politischen Projekte, wenn sie mit einer politisch reifen Bevölkerung zu tun haben, die sich nicht manipulieren lässt.

360°: Umfragen zeigen, dass die Zustimmung zu Europa vom Grad der Informiertheit und vom Bildungsstand der Bürger abhängt. Ist Europa nur ein Projekt für die Bildungselite?

Schwan: Generell ist es so, dass Politik immer eher von den Gebildeten akzeptiert wird. Das gilt nicht nur für die europäische Politik, sondern auch für die nationale. Politik- und Parteiverdrossenheit finden sich eher in den weniger gebildeten Schichten. Deswegen ist auch eine hohe Bildung eine wichtige Voraus-

„Im kulturellen Bereich gibt es überaus viele pro-europäische Initiativen. Man sieht sie nicht sofort, denn sie sind nicht so spektakulär wie die Fußballweltmeisterschaft oder eine Papstwahl, dafür aber von Dauer und solide.“

setzung, um das immer komplizierter werdende Projekt Demokratie vernünftig zu gestalten. Es ist wahr, wir haben bei weitem nicht den Bildungsstand in den Gesellschaften, den wir bräuchten, um demokratische Politik genügend zu fundieren. Um das zu ändern, müssen wir mehr Menschen besser ausbilden.

360°: Wie soll eine solche bessere Bildung in Europa aussehen?

Schwan: Bei der Pisa-Debatte zum Beispiel wird rein institutionell gedacht. Natürlich sind die institutionellen Stellschrauben diejenigen, die man am ehesten und schnell bedienen kann, aber das Eigentliche liegt in der politischen Kultur. Wenn man zum Beispiel die Einheitsschule in der DDR und die Einheitsschule in Finnland miteinander vergleicht, so hatten sie institutionell durchaus viel gemeinsam, aber der Geist war ein ganz anderer. Ich denke, dass Bildung in Deutschland stärker Empowerment bewirken sollte: Die jungen Menschen sollen sich in ihren eigenen Fähigkeiten gestärkt fühlen. In Finnland und den Schulen in den angelsächsischen Ländern ist das längst an der Tagesordnung. Ich bin überzeugt, dass Menschen, die sich kompetent und stark fühlen, weniger feindselig und aggressiv sind.

360°: Sollte die europäische Ebene, etwa die Kommission, aktiver werden, um den Menschen Europa näher zu bringen?

Schwan: Aus der Europäischen Kommission kommt, etwa von Vizepräsident Günter Verheugen, der Versuch, die Bürokratie zu entforsten und damit mehr Transparenz herzustellen. Das finde ich richtig. Man muss aber genau unterscheiden, wo Regeln dazu da sind, um politische Vorgaben durchzusetzen, und wo Wildwuchs entstanden ist, der beseitigt werden kann. Ich glaube allerdings nicht, dass diese Durchforstung plötzlich einen großen Enthusiasmus-Schwung für Europa hervorrufen wird. Das ist nicht der entscheidende Punkt. Erfolgreich sind vor allem grenzüberschreitende regionale Projekte.

360°: Zum Beispiel?

Schwan: Etwa beim Jugendaustausch im Deutsch-Französischen und im Deutsch-Polnischen Jugendwerk. Hier wird immer deutlicher, dass die jungen Menschen nicht mehr bilateral, sondern europäisch interessiert sind. Es gibt eine Grundkonzentrierung auf Europa und nicht mehr auf Nachkriegsvorstellungen einer deutsch-französischen oder auch einer deutsch-polnischen Aussöhnung. Kürzlich hat es zum ersten Mal in einer Befragung das Ergebnis gegeben, dass

Deutsche und Polen mehrheitlich mit Sympathie auf den Nachbarn schauen. Das war in Deutschland bisher nicht so. Grund dafür sind die Erfahrungen der Menschen bei ihrer konkreten Arbeit, zum Beispiel bei Wirtschaftskooperationen. Im kulturellen Bereich gibt es überaus viele pro-europäische Initiativen. Man sieht sie nicht sofort, denn sie sind nicht so spektakulär wie die Fußballweltmeisterschaft oder eine Papstwahl, dafür aber von Dauer und solide.

360°: Muss sich Europa abgrenzen, um eine eigene kollektive Identität zu entwickeln?

Schwan: Ich glaube nicht, dass sich eine solide, kreative Identität durch Abgrenzung bildet. Natürlich setzt Identität auch immer Abgrenzung voraus. Manche behaupten aber, dass die Identität durch Gegenbilder, durch Feindseligkeiten gestärkt wird. Das ist nur vordergründig der Fall. Die europäische Integration ist zunächst gestärkt worden durch den Antikommunismus. Dass ich aber ein besserer Europäer wäre, weil ich die Amerikaner, die Türken oder die Russen hasse, halte ich für Unsinn. Das kann mich vielleicht aufbauen, das schweißt zusammen, aber nicht im demokratischen Sinn. Skinheads identifizieren sich als Kollektiv, indem sie gegen andere sind, aber sie sind nicht demokratisch. In dem Moment, wo man etwas Konkretes auf den Weg bringen muss, hilft keine Gegenidentifikation.

360°: Wie kann sich dann eine europäische Identität herausbilden?

Schwan: Identität und Identifikation entstehen dadurch, dass man sich als Individuum, aber auch als Kollektiv mit gemeinsamen Werten, gemeinsamen Interpretationen und gemeinsamen Zielen in gemeinsamen Werken identifiziert. Individuen sind nicht identisch, sondern konstruieren durch Erinnerungen eine eigene Identität. So grenze ich mich von anderen ab, bestimme aber zugleich auch immer mit anderen zusammen meine Identität, denn ich sehe mich im Kontext. Genauso ist es bei der europäischen Identität: Sie entsteht dadurch, dass wir Geschichtsbilder über die nationalen Grenzen hinaus austauschen und so lernen, wie und warum wir gegeneinander und miteinander gehandelt haben. Das ist ein komplexer Prozess.

360°: Gibt es bereits eine europäische Öffentlichkeit?

Schwan: Ja, es gibt europäische Teilöffentlichkeiten in bestimmten Gebieten, beispielsweise in der Tarif- und Kulturpolitik. Sie entsteht auch in der Klima-

„Das polnische Außenministerium sieht die Deutschen als Machtpolitiker, die Europa benutzen, um ihre eigene Vormachtstellung auszuweiten. Dieses Grundverständnis ist sehr problematisch.“

politik und zwar überall dort, wo grenzüberschreitende Politik vonnöten ist. Man darf die europäische Öffentlichkeit nicht an den zwei Prozent messen, die die Arte sehen. Vielmehr sind Konflikte für die Entstehung von Öffentlichkeit günstig. Denn gerade wenn es Gegensätze gibt, wird darüber diskutiert. Es ist zum Beispiel jahrelang nicht so viel über Polen berichtet worden wie jetzt, wo das Verhältnis gespannt ist.

360°: Sie sind Polen-Beauftragte der Bundesregierung. Die polnische Regierung hat sich in den letzten EU-Verhandlungsrunden immer wieder als Bremser erwiesen. Wie weit ist es da mit einem gemeinsamen Europa?

Schwan: Da gibt es keine einheitliche Aussage. Wir haben 38 Millionen Polen und um die 80 Millionen Deutsche. Die haben alle sehr unterschiedliche Vorstellungen über das deutsch-polnische Verhältnis. Als der polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński vor dem EU-Gipfel im Juni 2007 anfang hochzurechnen, wie viele Polen es ohne den deutschen Angriff im Zweiten Weltkrieg geben würde, lag mir einerseits daran, in der deutschen Öffentlichkeit deutlich zu machen, was vielen Deutschen nicht bewusst ist: Bereits mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen begann das willkürliche Töten, dem insgesamt mehrere Millionen Polen zum Opfer fielen, jüdische und nichtjüdische Polen. Andererseits möchte ich Jarosław Kaczyński das Argument des früheren polnischen Außenministers Władysław Bartoszewski entgegenhalten. Dieser sagte, wenn wir das alles berechnen, wären wir überhaupt ein ganz anderes Europa. So sehr ich es für notwendig halte, dass wir als Deutsche uns an das verübte Unrecht in Polen erinnern, so problematisch finde ich die Instrumentalisierung der Vergangenheit für politische Zwecke.

360°: Was kann gegen eine solche Instrumentalisierung der Vergangenheit getan werden?

Schwan: Der Philosoph Karl Jaspers hat gesagt, wer die eigene Schuld angeschaut hat, ist nicht mehr manipulierbar, denn er kennt das Problem und wird Manipulationen abwehren. Es ist deshalb wichtig, dass wir beispielsweise im deutsch-polnischen Verhältnis eine gemeinsame Interpretation der Vergangenheit anstreben. Die deutsch-polnische Schulbuchkommission hat dazu schon sehr vorbildlich beigetragen. Es gibt aber auf beiden Seiten Menschen, die Missetaten aufrechnen. Ein gemeinsames Geschichtsverständnis wird wohl nie absolut erreicht werden, die Anfänge sind jedoch erkennbar.

360°: Die polnische Regierung unter Führung der Kaczyński-Brüder scheint deutsch-polnische Annäherungen zu ignorieren.

Schwan: Die gegenwärtige polnische Regierung und ihre Hauptberater verstehen Politik derzeit und zu oft als hartes Geschäft um Macht- und Gegenmacht, also nicht als Aushandeln und Kooperation. Das ist ein Politikverständnis, das die Deutschen auch lange hatten. Auch in der EU gibt es Macht und Gegenmacht, aber die Komponente der Verabredung und des fairen Aushandelns dominiert. Aus ihrer Analyse folgern die führenden Denker, dass Polen noch nicht stark genug ist, eine Gegenmacht zu bilden. Sie sehen die Vetomacht als bestes politisches Mittel und wollen deshalb so viel Vetomacht wie möglich in ihren Händen haben. Das eigene Machtverständnis wird dabei auf die Bundesrepublik projiziert. So sieht das polnische Außenministerium die Deutschen als Machtpolitiker, die Europa benutzen, um ihre eigene Vormachtstellung auszudehnen. Das ist ein Vorwurf, den es immer schon gegeben hat. Dieses Grundverständnis ist sehr problematisch.

360°: Ist die Besorgnis der polnischen Regierung und Bevölkerung, dass es auch Verlierer des EU-Beitritts geben wird, nicht berechtigt?

Schwan: In Polen gab es viele Sorgen, dass die polnische Landwirtschaft unter dem EU-Beitritt stark leiden würde. Es hat sich nun herausgestellt, dass gerade die polnischen Landwirte keine Gegner der Mitgliedschaft Polens in der EU mehr sind. Die Unterstützungen aus der EU sahen sie zunächst als Bevormundung, weil sie an Modernisierungen gebunden waren. De facto haben sie ihnen aber sehr geholfen, auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen. Das wird inzwischen auch offiziell anerkannt und der populistische Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper ist daher heute kein so starker Gegner der EU mehr. Er findet es wunderbar, dass man Gelder bekommen kann. Infolgedessen zählt die polnische Bevölkerung zu den größten Befürwortern der EU in ganz Europa. Die Nachteile, die vor dem EU-Beitritt Polens befürchtet worden sind, haben sich in Vorteile verkehrt.

360°: Die Bundesregierung denkt aufgrund eines akuten Fachkräftemangels darüber nach, den deutschen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten schon vor 2009 zu öffnen. Ein richtiger Schritt?

Schwan: Ja, das wäre sehr gut. Ich glaube überhaupt, dass die Sorge vor einem Anstieg des Fremdenhasses, wenn viele mittel- und osteuropäische Arbeitneh-

„Die Nachteile, die vor dem EU-Beitritt Polens befürchtet worden sind, haben sich in Vorteile verkehrt.“

mer auf den deutschen Arbeitsmarkt kämen, ein bisschen zu groß war. Es ist ja interessanterweise gerade in den deutsch-polnischen Grenzregionen sehr früh der Wunsch in den Industrie- und Handelskammern geäußert worden, die Grenze zu öffnen, weil man gezielt diese Arbeitskräfte braucht. Allerdings muss man sagen: Für die polnische Seite ist die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte kein reiner Segen. Die Polen bilden vorzüglich aus und dann gehen die Leute weg. Das ist dann für Irland, London oder Skandinavien gut und wäre auch für Deutschland gut. Aber wer missgünstig auf Deutschland schaut, der kann sagen: Jetzt nehmen sie uns alle unsere hochqualifizierten Arbeitnehmer weg! Das ist ein zweischneidiges Schwert.

360°: Was macht die Konzeption einer europäischen Universität wie die Viadrina für viele Studierende so attraktiv?

Schwan: Es kommen viele Studierende zu uns, weil die Viadrina international ist und weil sie das Deutsch-Polnische sehr wichtig finden. Die Grenzsituation ist für sie sehr interessant und Europa ist für sie einfach ein attraktiver Ort. Aber es gibt natürlich auch Studierende, die nur Rechtsanwälte werden wollen und sich zunächst nicht für Europa interessieren. Damit sie merken, dass sie an keiner normalen Uni sind, bieten wir gleich zu Anfang interkulturelle Werkstätten an. Insgesamt denke ich, dass bei uns der Prozentsatz der Studierenden, aber auch der Kollegen, die ganz bewusst das Projekt Europa wollen und daran arbeiten, relativ groß ist. Immerhin ist etwa ein Viertel der Studierenden von sich aus sehr aktiv. Es gibt 40 Initiativen bei insgesamt 5000 Studierenden.

360°: Laut Europäischer Kommission gehen bisher gerade mal 2,3 Prozent der europäischen Studenten in ein Nachbarland.

Schwan: Dieser Anteil liegt bei uns sehr viel höher. Es gibt eigentlich nur wenige Studiengänge, bei denen unsere Studenten nicht verpflichtet sind, ins Ausland zu gehen. Die Studenten der Kulturwissenschaften müssen mindestens zwei Sprachen neben der Muttersprache lernen. Wir sind damit die Universität, die die meisten Studenten hat, die ins Ausland gehen, wenn man es proportional zur Zahl der Studierenden betrachtet. Ich möchte das auch noch steigern und ein Profil etablieren, nach dem Internationalität nicht nur über das Englische geht, sondern über verschiedene Sprachen und mehrsprachige Abschlüsse.

HUMANKAPITAL.

Als gemeinnütziger studentischer Verein sind wir zur Finanzierung der Druckkosten auf Spenden und Fördergelder angewiesen. Jeder Euro drückt unsere Kosten und sichert den Fortbestand des Projekts. Also: Nehmen Sie Druck von uns.

360° e.V. //

Sparkasse Münsterland Ost //

BLZ 400 501 50 //

KTO 43 40 84 //

Stichwort: Kapital

Frischfleisch
www.journal360.de

360°
DAS STUDENTISCHE JOURNAL
FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

360°: Für die Zukunft Europas ist also Mehrsprachigkeit gefragt?

Schwan: Mehrsprachigkeit im wörtlichen und übertragenen Sinne heißt, dass man andere Codes, andere Denkart, auch andere Disziplinen kennenlernt. Dies ist meiner Meinung nach eine Chance, in der Welt Konflikte nicht mit Milliardengeschäften und Waffen, sondern mit dem Verständnis unterschiedlicher Kulturen anzugehen und zu lösen. Die Vielfalt der Sprachen in Europa ist ein Schatz. Würde man alles auf das Englische reduzieren, ginge ein Reichtum verloren, der auch für Europas Rolle in der Welt wichtig ist. Daher müssen wir für Europa die Mehrsprachigkeit propagieren. Als ich vor einigen Jahren damit anfang, haben das viele noch bis ins Bildungsministerium für eine verrückte Idee gehalten, weil es schon schwer genug sei, eine zweite Sprache zu beherrschen. Ein Abschluss in Deutsch-Polnisch-Englisch oder Deutsch-Französisch-Englisch wurde als illusionär angesehen. Genau das aber machen wir jetzt. Viele junge Leute kommen schon zweisprachig an die Viadrina. Wenn sie dann einen dreisprachig dokumentierten Abschluss erreichen, haben sie natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt mehr zu bieten.

360°: 1999 haben sich die europäischen Bildungsminister in Bologna zum Ziel gesetzt, bis 2010 einen geschlossenen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Ist das der Ausverkauf guter nationaler Bildungstraditionen?

Schwan: Das Ziel des Bologna-Prozesses wird von den europäischen Ministern nur ökonomisch definiert. Europa soll auf den Arbeitsmärkten und in der Wirtschaft gegen die Konkurrenten USA und Asien bestehen können. Das ist in meiner Sicht ein schwerer Geburtsfehler des Bologna-Prozesses. Das, was Ökonomie in einem weiteren Sinne ausmacht, etwa Innovation und Kreativität, bleibt außen vor. Stattdessen wird der Wert der Bildung gerade in Deutschland zu stark durch ökonomische Indikatoren gemessen. Wie viele Absolventen finden sofort auf dem Arbeitsmarkt einen Job? Wie viele Drittmittel werben wir ein? Man tut, überspitzt gesagt, so, als ob eine Universität, die nur betriebswirtschaftlich mit Unternehmen Kooperationen eingeht, die beste wäre. Ich glaube, es kommt nicht von ungefähr, dass zum Beispiel Wissenschaftler aus den USA sehr gerne zum Forschen nach Deutschland kommen. In Deutschland gibt es noch eine Bildungstradition, die den humboldtschen Gedanken des Forschens und Lehrens, der Kreativität im Forschungsprozess und der Eigenständigkeit verfolgt. Wir müssen

diese Tradition unbedingt bewahren, auch um uns für die Zukunft wetterfest zu machen.

360°: Wie sehen sie die Zukunft Europas: Gemeinsam oder einsam?

Schwan: Ich glaube, dass man die Zukunft so sehen muss, wie man sie haben will: Wenn ich sie von vornherein einsam sähe, wären alle meine Kräfte gelähmt, sie gemeinsam zu gestalten. Aus einem klugen politischen und moralischen Impetus sage ich: gemeinsam. Aber ich weiß, dass es viele Hindernisse gibt und dass momentan die Versuchung nationaler Eigentänze sehr groß ist.

Das Interview wurde Ende Juli 2007 in Berlin geführt.

Neben ihrem Amt als Präsidentin der Europa-Universität Viadrina ist Prof. Dr. Gesine Schwan seit 2005 Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurde Schwan als Kandidatin von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen für das Amt des Bundespräsidenten im Jahr 2004. Gesine Schwan ist seit 1996 Mitherausgeberin der Zeitschrift für Politikwissenschaft. Zuletzt erschien von ihr „Allein ist nicht genug. Für eine neue Kultur der Gemeinsamkeit.“ (Herder Verlag, 2007)

Weiterführende Informationen finden sich unter www.herder.de

